



## DIE UKRAINISCH-RUSSISCHEN BEZIEHUNGEN

- ANALYSE  
*Back to the Future?* Die russisch-ukrainischen Beziehungen  
 nach den ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2  
 Von André Härtel, Jena
  - ANALYSE  
 »Modernisierung« des Systems:  
 Die Wirkung der Orangen Revolution auf Russland 6  
 Von Jonas Grätz, Oslo
  - GRAFIKEN ZUM TEXT  
 Die Ukraine aus Sicht der russischen Bevölkerung 9
  - ANALYSE  
 Die Zukunft des russischen Marinestützpunktes Sewastopol 11  
 Von Dmitry Gorenburg, Cambridge, MA
  - UMFRAGE  
 Die ukrainisch-russischen Beziehungen aus Sicht der ukrainischen Bevölkerung 14
- 
- CHRONIK  
 Vom 30. März bis zum 13. April 2010 18

*Die Ukraine-Analysen werden vom  
 Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



## Analyse

# *Back to the Future?* Die russisch-ukrainischen Beziehungen nach den ukrainischen Präsidentschaftswahlen

Von André Härtel, Jena

## Einführung

Der Sieg des zweimaligen Ministerpräsidenten Viktor Janukowitsch bei den fünften Präsidentschaftswahlen der Ukraine im Februar dieses Jahres stellt eine wichtige Wegmarke für die innen- wie außenpolitische Entwicklung des Landes dar. Wie nirgendwo sonst sorgte Janukowitschs Sieg in der Russländischen Föderation für Erleichterung und steigende Erwartungen. Seit der sogenannten Orangen Revolution vom Spätherbst 2004 hatten die russisch-ukrainischen Beziehungen eine vormals undenkbbare Verschlechterung erlebt. Auf keinem der wesentlichen Themenfelder, von den Energiebeziehungen über die russische Schwarzmeerflotte in Sewastopol, konnte in den letzten Jahren Wesentliches erreicht werden. Obwohl hierfür zu meist der bisherige Präsident Viktor Juschtschenko und dessen pro-westliche Außenpolitik verantwortlich gemacht werden, spielen auch die instabile Natur des ukrainischen Transformationsregimes sowie das Fehlen einer kohärenten Außenpolitik Russlands in der GUS eine Rolle für den Zustand der Beziehungen. Viktor Janukowitsch wird im Gegensatz zu seiner Rivalin Julia Timoschenko zwar als der eher pro-russische Führer wahrgenommen, der die Beziehungen zu Russland wieder auf die pragmatisch-freundschaftliche Ebene der Kutschma-Ära zurückführen könnte. Allerdings zeigt eine kurze Einführung in die jüngere Geschichte der russisch-ukrainischen Beziehungen sowie ein kurzer Überblick über deren wichtigste aktuelle Spannungsfelder, dass ein simpler »back to the future«-Ansatz eher aussichtslos ist.

## Die Geschichte einer asymmetrischen Beziehung

Die Beziehungen zwischen Moskau und Kiew erreichten ihren Tiefpunkt im August letzten Jahres, als der russische Präsident Dmitrij Medwedjew seinen ukrainischen Kollegen in einem offenen Brief einer anti-russischen Politik bezichtigte. Medwedjew behauptete, dass die Ukraine die georgische Armee im Südossetienkonflikt unterstütze, das Abkommen bzgl. der Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte verletzt habe und klagte die anti-russische Geschichtspolitik Juschtschenkos an. Dieser Brief führte einen negativen Trend in den Beziehungen fort, den viele Beobachter den Ereignissen der Orangen Revolution von 2004 und dem anschließenden Regimewandel in Kiew zuschreiben. In der Tat sprechen die darauf folgenden Gaskrisen von 2005/2006 und 2008/2009, der Disput über den Beitrittswunsch Kiews zur NATO sowie die ukrainische Reaktion auf den Krieg in Südossetien für diese Annahme. Aus diesem Grund wird nun gerade von Janukowitsch erwartet, dass er den negativen Trend beendet und die Beziehungen auf eine neue Grundlage stellt. Allerdings zeigt ein kurzer Einstieg in die Historie der russisch-ukrainischen Beziehungen, dass die Orange Revolution von 2004 keinen grundsätzlichen Wendepunkt im Verhältnis beider Staaten bedeutete.

Als Russland zu Beginn der 1990er Jahre eine durch den Zusammenbruch der Sowjetunion bedingte, innen-

politisch sehr turbulente Phase erlebte, nahm der erste Präsident der Ukraine Leonid Krawtschuk dabei nicht mehr als eine Beobachterrolle ein. Dementsprechend war es v. a. Präsident Leonid Kutschma (1994–2004), der die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu normalisieren half. Während man den Russen im Jahre 1996 mit der Zusicherung des nicht-nuklearen Status Kiews entgegenkam, erkannte Moskau die Ukraine im »Freundschaftsvertrag« von 1997 formal als unabhängigen Staat an. Kutschmas »Multivektor«-Außenpolitik stand stets für ein vorsichtiges Taktieren gegenüber Moskau und für den Spagat zwischen einer sehr engen strategischen Partnerschaft und dem Erhalt der ukrainischen Souveränität. In der Praxis forderte Kutschma Russlands strategische Dominanz innerhalb des postsowjetischen Raums zwar nie heraus, er hielt die Ukraine im Sinne der eigenen Autonomie aber außerhalb der politischen Struktur der Gemeinschaft unabhängiger Staaten.

Kutschmas Ansatz verdankte seinen relativen Erfolg v. a. der instabilen und chaotischen Natur der innerrussischen Verhältnisse im Verlauf der 1990er Jahre. Hinzu kam, dass Kutschma und Jelzin aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu derselben Generation (ursprünglicher) postsowjetischer Führer einen unproblematischen Umgang miteinander pflegten. Dieses Bild begann sich nach dem Amtsantritt Wladimir Putins 1999 und der sich anschließenden politischen und ökonomischen Stabilisierung des Landes rapide zu wandeln. Während Russ-

land nach der Wiederherstellung seines Großmachtstatus besonders im sogenannten »nahen Ausland« strebte, begann sich Kutschmas bisher so stabiles autoritäres Regime in Folge seiner sehr wahrscheinlichen persönlichen Beteiligung an der Ermordung des Journalisten Heorhij Gongadse (»Kutschmagate«), zu destabilisieren. Dieser kritische Wendepunkt zu Beginn des neuen Jahrtausends offenbarte die grundsätzliche Logik der russisch-ukrainischen Beziehungen: Der natürliche Grad an Asymmetrie der Beziehung kann lediglich dann etwas reduziert werden, wenn die innenpolitische Situation in der Ukraine stabil ist bzw. Russland mit eigenen, internen Problemen beschäftigt ist. Zur Zeit der ukrainischen Präsidentschaftswahlen von 2004 hatte sich die Asymmetrie allerdings bereits wieder klar zum russischen Vorteil verändert.

### Die »orange Außenpolitik« – ein Fehler

Führt man sich diese tiefere Logik der russisch-ukrainischen Beziehungen vor Augen, dann stehen die Orange Revolution im Jahr 2004 und der Amtsantritt von Viktor Juschtschenko 2005 nicht für einen zentralen Wendepunkt in den Beziehungen. Vielmehr hatte der neue ukrainische Präsident schon damals nur einen geringen außenpolitischen Spielraum gegenüber dem Kreml, der – v. a. durch die Instrumentalisierung seiner energiewirtschaftlichen Dominanz – längst begonnen hatte, seine Hegemonie im postsowjetischen Raum wieder zu errichten. Juschtschenko und dessen Umfeld allerdings machten von Beginn an deutlich, dass man die ukrainische Außenpolitik erheblich verändern wollte – die Beziehungen mit Moskau sollten einem »euroatlantischen« Kurs klar untergeordnet und das Konzept der »Multivektor«-Außenpolitik aufgegeben werden. Während die »euroatlantische Integration« der Ukraine in die EU und die NATO unter Kutschma ein rein rhetorisches Konstrukt geblieben war, versprach Juschtschenko, die hierzu notwendigen inneren Reformen durchzuführen und die Ukraine so zum baldigen Mitglied der wesentlichen Organisationen des politischen Westens zu machen.

Am Ende der Präsidentschaft Juschtschenkos entspricht es einem fairen Urteil zu sagen, dass dessen pro-westliche Politik kaum über den Beitritt der Ukraine zur Welthandelsorganisation (2008) hinausgehende Resultate erzielt hat. Vielmehr haben auch die Beziehungen zur EU einen Tiefpunkt erreicht und sind derzeit von gegenseitigen Missverständnissen und Misstrauen geprägt. Juschtschenko erwies sich als unfähig eine über die in Kiew sehr kritisch betrachtete »Östliche Partnerschaft« hinausgehende politische Unterstützung Brüssels zu gewinnen. Darüber hinaus konnten

auch bei pragmatischeren Fragen wie Visa-Regelungen und Freihandelsabkommen kaum wesentliche Ergebnisse verzeichnet werden. Die NATO-Mitgliedschaftskampagne, zu Beginn ein Schwerpunkt der »orange Außenpolitik«, hat sich sogar zum Anathema sowohl für die NATO, als auch innerhalb der Ukraine entwickelt. Heute taugt diese vielmehr gerade noch als Beispiel einer unter ukrainischen Eliten verbreiteten innenpolitischen Instrumentalisierung sensibler außenpolitischer Themen und wurde – als die Frage eines sogenannten Aktionsplans zur Aufnahme in die NATO (MAP) längst vom Tisch war – von der Partei der Regionen noch zum Wahlkampfthema gemacht.

Juschtschenko, der selbst angesichts ausbleibender Signale des Westens bei seiner einseitig pro-westlichen Außenpolitik blieb, betrieb zudem eine im Laufe seiner Präsidentschaft immer deutlicher hervortretende, latent anti-russische Politik. Während viele gegen Moskau gerichtete Schritte des Präsidenten, wie das Rückkehrverbot für am Südossetienkonflikt teilnehmende Kriegsschiffe der russischen Schwarzmeerflotte, keine sofortigen Konsequenzen zeitigten, waren es Juschtschenkos Geschichtspolitik und Interpretation ukrainischer und sowjetischer Geschichte (v. a. beim Thema des Holodomor von 1932/33 oder der Verleihung des Heldenstatus an Stepan Bandera), die eine Wiederannäherung an den Kreml ausschlossen. Allerdings erwies sich Juschtschenkos Aufgabe der pragmatisch-realistischen Außenpolitik Kutschmas und die Etablierung einer normativ-konstruktivistisch geprägten »orange Außenpolitik« nicht als dessen größter Fehler. Das eigentliche Versagen des Präsidenten lag darin, das versprochene Junktim zwischen Außen- und Innenpolitik nicht herzustellen und somit auch die internationale Position der Ukraine in Frage zu stellen. Die interne Destabilisierung des ukrainischen politischen Regimes nach 2004 – das Ausbleiben weitreichender Reformen, der politische Konflikt zwischen Präsident und Ministerpräsident sowie die ökonomische Krise nach 2007 – reduzierten den eh schon geringen Spielraum gegenüber Moskau auf ein Minimum.

### Janukowitsch und die russisch-ukrainische Agenda

Auf den ersten Blick erscheint Viktor Janukowitsch wie das ideale ukrainische Pendant Dmitrij Medwedjew für die von vielen erwartete Wiederannäherung beider Staaten. Im Gegensatz zu Juschtschenko unterstützte Janukowitsch nie die pro-NATO-Politik seines Vorgängers und erkannte zur Freude des Kreml im Spätsommer 2008 selbst den unabhängigen Status von Abchasien und Südossetien an. Hinzu kommt, dass sich Januko-

witschs Machtbasis im mehrheitlich russophilen Osten und Süden des Landes befindet und zwischen der von ihm geführten Partei der Regionen sowie Russlands führender Regierungspartei Einheitliches Russland seit 2005 ein Kooperationsabkommen besteht. Die Partei der Regionen verpflichtet sich zudem in ihren Wahlprogrammen und den außenpolitischen Erklärungen ihrer Vertreter stets zu einem »blockfreien Status« der Ukraine und betont den »brüderlichen« Charakter der Beziehungen zu Moskau. Schon während seiner Wahlkampagne sprach Janukowitsch zudem von der Notwendigkeit einer Erneuerung der einst so freundschaftlichen Beziehungen zu den Russen und versprach kurz nach seiner Inauguration, die strategische Partnerschaft »in alle Richtungen« wiederzubeleben.

Allerdings haben selbst Janukowitsch und die Partei der Regionen seit der Kutschma-Ära und insbesondere nach der Orangen Revolution einen signifikanten Wandlungsprozess hinter sich gebracht. Einerseits wandelte sich Janukowitsch, der bereits unter Kutschma und dann erneut von 2006 bis 2007 Ministerpräsident war, vom politischen Führer des Donezker Clans in einen nationalbewussten Staatsmann und Politiker. Andererseits haben die die Partei der Regionen dominierenden Oligarchen wie Rinat Achmetow oder Dmitro Firtasch – berüchtigt für ihre Rolle beim »Ausverkauf« der ukrainischen Staatswirtschaft zu Schleuderpreisen und für hohe Rentengewinne im Energiehandel – heute mehr denn je ein Interesse an der ökonomischen und politischen Stabilität der Ukraine. Die auf Ausnutzung ökonomischer Rentenpotenziale basierende Ökonomie der 1990er Jahre hat sich zu einer stabilisierten und teil-internationalisierten Marktwirtschaft entwickelt, deren Subjekte heute vermehrt an Eigentumssicherung und westlichen Krediten interessiert sind. Demnach sollten Janukowitsch und dessen Umfeld heute, anders als 2004, eher als pro-ukrainische denn pro-russische Kraft angesehen werden, deren Priorität die Re-Aktivierung der ukrainischen Ökonomie nach der Finanzkrise und die Wiederherstellung politischer Stabilität ist. Eine kurze Übersicht über die sensibelsten Themen der Beziehungen zu Moskau verdeutlicht, wie problematisch diese nationale Präferenz des neuen ukrainischen Präsidenten werden könnte.

### *Die Gasfrage*

Die zwei Gaskrisen während der letzten fünf Jahre belegen eindrucksvoll das für die Beziehungen negative Potenzial dieses Themenbereichs. Angesicht der außerordentlich energie- und v. a. gasintensiven Ökonomie der Ukraine ist der Grad der Abhängigkeit vom

russischen Nachbarn hier noch größer als in anderen Bereichen. Trotzdem die ukrainische Führung für ihr langsames Reformtempo im Energiemarkt und für ihre Unfähigkeit einflussreiche Oligarchen vom einträglichen Energiehandel abzuhalten kritisiert werden kann, sind es in erster Linie die Russen, die das Gazprom-Monopol seit Jahren zur Ausübung politischen Einflusses auf die Ukraine nutzen. Die verbliebenen Optionen für Juschtschenko und die seinerzeit handelnden Ministerpräsidenten: den Preis für Gas durch eine an die russischen Interessen angepasste Politik so gering wie möglich halten oder die eigene Autonomie mit hohen Preisen bezahlen. Demzufolge stieg der Preis für Gas, ungeachtet der zwei Gaskrisen und der zuletzt pragmatischeren Politik Julia Timoschenkos gegenüber Russland, während der letzten Jahre dramatisch an (bis zu 305 US-Dollar pro 1000m<sup>3</sup> im ersten Quartal 2010). Allerdings konnten die hohen Gaspreise bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 durch hohe Wachstumsraten der Gesamtwirtschaft abgefedert werden, während einige Wähler, speziell aus dem national-demokratischen Lager, sogar mit dem »höhere Preise für mehr Autonomie«-Deal der politischen Führung einverstanden waren.

Janukowitsch erwartet nun allerdings eine andere Situation. Auf der einen Seite hängt die Überwindung der ökonomischen Krise in der Ukraine wesentlich von der Fähigkeit des neuen Präsidenten ab, die Preise für russisches bzw. zentralasiatisches Gas zu verringern. Diese Forderung wird v. a. auch von einem Teil der Oligarchen aus Janukowitschs Umfeld erhoben, die entweder energieintensive Betriebe führen oder direkt von guten Handelsmargen im Energiegeschäft profitieren. Jedoch muss jeder Ausgleich mit Gazprom auch einen Anreiz für die Russen enthalten, für die die aktuelle Vertragslage sehr vorteilhaft ist. Janukowitsch hat daher bereits die Möglichkeit einer russischen Teilhabe an der Modernisierung des ukrainischen Gastransportsystems (GTS) zusammen mit Naftohaz und europäischen Energiekonzernen zur Sprache gebracht. Allerdings haben Gazprom-Vertreter diesbezüglich bereits ihre Skepsis zum Ausdruck gebracht und angezeigt, dass andere Angebote, wie zum Beispiel der Verkauf von Naftohaz-Anteilen, ihrem Interesse bzw. einer Verminderung der Gaspreise eher entgegenkommen würden. Äußerungen wie diese sowie die derzeitigen Spekulationen über einen Einstieg der Russen in profitable ukrainische Unternehmen als Ausgleich für niedrigere Preise zeigen, dass Janukowitsch in dieser Frage eine schwierige Gradwanderung zwischen dem kurzfristigen Interesse an ökonomischer Stabilität und dem langfristigen Ziel politischer Autonomie gegenüber Russland erwartet.

### *Handel und regionale Integration*

Eine Hauptaufgabe beider Präsidenten wird darüber hinaus die Reanimierung der Handelsbeziehungen sein. Waren die Russen einst der größte Handelspartner der Ukraine, verschlechterte sich die Handelsbilanz zwischen Kiew und Moskau im Jahr 2009 um 42,5 % gegenüber 2008. Während hier auch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise eine Rolle spielte, sind v. a. strukturelle Gründe ausschlaggebend. Speziell seit dem Beitritt der Ukraine zur WTO haben sich ukrainische Exportbranchen zunehmend westlichen Märkten zugewandt. Hinzu kommt, dass ukrainische Unternehmensgruppen im Gegensatz zu den 1990er Jahren jetzt verstärkt an Kapitalquellen und korporativem Wissen interessiert sind, das sie insbesondere in Europa und den USA vorfinden. Auf der einen Seite wäre ein Anstieg des bilateralen Handels sicherlich im Interesse der wankenden ukrainischen Ökonomie und einige Branchen werden Janukowitsch auch zu einer solchen Politik drängen. Andererseits hat sich gerade in den letzten Jahren gezeigt, dass zwischen ukrainischen und russischen Produzenten vieler Branchen erhebliche Konkurrenz herrscht (zum Beispiel in der Röhrenindustrie), die bereits zu erheblichen Tarifkonflikten zwischen beiden Staaten geführt hat. Jede Wiederbelebung der Handelspartnerschaft wird demnach ihre natürlichen Grenzen haben. Ein gutes Beispiel für Kiews vorgefasste Position in dieser Frage ist die von Russland dominierte Struktur des Gemeinsamen Wirtschaftsraums (GWR) – während Janukowitsch hier bereits die Möglichkeit eines Beitritts erwähnte, zerstörte er die diesbezüglichen russischen Hoffnungen zugleich mit dem Verweis auf die Notwendigkeit eines vorherigen WTO-Beitritts Russlands.

### *Sprach- und Identitätsfragen*

Dieser Themenbereich wirkt auf den ersten Blick so, als wäre es hier für Janukowitsch relativ leicht eine Verbesserung des Status quo mit den Russen zu erreichen. Der vorherige Präsident Juschtschenko sah sich nicht nur selbst als ukrainischen Nationalisten, sondern machte – besonders in der zweiten Hälfte seiner Präsidentschaft – die anti-russische Instrumentalisierung von bestimmten Aspekten der gemeinsamen Geschichte und nationalen Identität zu einer Priorität seiner Politik. Janukowitsch und die Partei der Regionen haben Juschtschenko in dieser Angelegenheit nie unterstützt, beispielsweise haben sie dessen zu einseitige Interpretation des Holodomor

abgelehnt und sind heute sogar bereit, den Status der russischen Sprache in der Ukraine konstitutionell aufzuwerten. Ohne den negativen Einfluss Juschtschenkos auf die Beziehungen in dieser Frage zu negieren, wird bis heute allerdings wenig beachtet, dass dessen Politik weit weniger Konsequenzen gehabt hätte, wenn nicht auf der russischen Seite auch ein anti-ukrainischer nationaler Diskurs existiert hätte. Geschichtspolitik ist daher kein rein ukrainisches Phänomen, sondern ein gemeinsames Element postsowjetischer Realität. Auch aus diesem Grunde sollte man nicht vergessen, dass Viktor Janukowitsch nun als Staatsoberhaupt agiert und daher, wenn auch nur in gewissem Maße, einer eigenen Doktrin des nation-building bzw. eines auf die Einheit des Landes ausgerichteten historisch-kulturellen Diskurses bedarf.

### **Fazit – die Dringlichkeit neuer Konzepte und Politiken**

Viktor Janukowitsch hat bereits geäußert, dass er für eine neue, pragmatische und stärker ausbalancierte Außenpolitik der Ukraine stehen will. Dieser Ansatz wird speziell eine Wiederannäherung bzw. einen Wiederaufbau der russisch-ukrainischen Beziehungen einschließen. Bedeutet dies eine Neuauflage der »Multi-vektor«-Politik des ehemaligen Präsidenten Kutschma oder sogar eine deutlich pro-russische Ausrichtung der Ukraine? Die hier vorgestellte Analyse demonstriert, dass der Wechsel von Juschtschenko zu Janukowitsch nicht überbewertet werden sollte und dass eine Evaluation der strukturellen Voraussetzungen einer Wiederannäherung Russlands und der Ukraine ein eher ambivalentes Bild hinterlässt. So wird Janukowitschs behaupteter pro-russischer Ansatz nicht nur durch seine nun gesamtstaatliche Verantwortung, sondern auch dadurch in Frage gestellt, dass seine dringlichste Aufgabe in der Sicherung einer politisch und ökonomisch stabilen Ukraine liegt. Zuletzt bleibt darauf hinzuweisen, dass auch das Fehlen durchdachter Konzepte und Strukturen in den russisch-ukrainischen Beziehungen über den »Freundschaftsvertrag« von 1997 und einige Gasverträge hinaus eine grundsätzliche Hürde für eine Verbesserung der Beziehungen darstellt. Insbesondere von russischer Seite scheint es, als wolle man eine Festlegung auf eine klar definierte Ukrainepolitik am liebsten vermeiden, um die Flexibilität einer von neo-imperialen Reflexen bestimmten Außenpolitik gegenüber dem »nahen Ausland« nicht einschränken zu müssen.

#### *Über den Autor:*

André Härtel ist Doktorand der Friedrich-Schiller Universität Jena und Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung.

## Analyse

# »Modernisierung« des Systems: Die Wirkung der Orangen Revolution auf Russland

Von Jonas Grätz, Oslo

### Zusammenfassung

Aufbauend auf einer Analyse des russischen Mediendiskurses über die Orange Revolution untersucht dieser Beitrag die Auswirkungen der Revolution auf die Strategien der russischen Elite und die Rahmung des öffentlichen Diskurses in Russland. Das Kernargument ist, dass die Revolution sowohl für die politische Elite als auch für den Diskurs in Russland ein Schlüsselerlebnis gewesen ist. Der Diskurs war dabei zweigeteilt zwischen einer primären geopolitischen Rahmung, die den Zielen der russischen Elite in der Ukraine diente, und einer weniger prominenten ordnungspolitischen Rahmung, die der russischen Öffentlichkeit Raum zur Reflexion über das eigene politische System gab. Allerdings konnte die russische Elite ihr Herrschaftssystem erfolgreich an die neuen Bedingungen anpassen und dadurch die Wirkung der Revolution als ein Identifikationsereignis für die russische Bevölkerung erfolgreich verhindern.

### Perfektion der Machtvertikale: Die Antwort der russischen Elite

Die Orange Revolution in der Ukraine stellte einen Schock für die russische politische Elite dar. Erstens gehörte die öffentliche Massenmobilisierung nicht zu den vorhergesehenen Szenarien und zweitens hatte die finanzielle Unterstützung aus Russland für die Kampagne von Präsidentschaftskandidat Viktor Janukowitsch eine im postsowjetischen Raum beispiellose Höhe erreicht. Man rechnete mit dem gewünschten Erfolg, da es lediglich darauf anzukommen schien, wer das Land als nächstes führen würde. Nach den gefälschten Wahlen stellte sich jedoch heraus, dass es bei der Auseinandersetzung um etwas anderes ging.

Die orange Bewegung wollte nicht nur Viktor Juschtschenko an die Macht bringen, sondern sie rang um die Spielregeln der Auseinandersetzung selbst. Dabei ging es nicht um eine Änderung der formalen Spielregeln, wie etwa der Verfassung, sondern darum, diesen Regeln überhaupt erst Geltungskraft zu verleihen. Ziel war es also vielmehr die Regierungsform zu demokratisieren als nur einen anderen Kandidaten an die Macht zu bringen.

Die russische Elite nahm diese neue Situation als Katastrophe wahr. Nicht nur ihre eigene Strategie lag in Scherben und das investierte Kapital war verloren. Mit Blick auf den russischen politischen Kontext hatten die Entwicklungen in der Ukraine das Potenzial, zentrale Säulen des russischen Herrschaftssystems zu zersetzen. Erstens war die Mobilisierung eine echte politische Massenmobilisierung, die auf spontanen Entwicklungen beruhte. Die revolutionäre Bewegung wurde von Aktivistinnen der Jugendorganisation »Pora« unterstützt, die wiederum von serbischen und westlichen Nichtregierungsorganisationen geschult worden waren. Des Wei-

teren wurden neue Informationstechnologien zur Koordination genutzt, ebenso persönliche Kontakte, wobei diese Netzwerke kaum durch administrative Mittel kontrolliert und gesteuert werden konnten.

Zweitens verstanden sich die Revolutionäre als Kraft gegen die endemische Korruption und Betrug. Korruption wurde als systemisch angesehen und somit zu einem verbindenden Thema bei der Massenmobilisierung gegen die ukrainische politische und wirtschaftliche Elite als auch gegen das System, das diese errichtet hatte. Dadurch wurde das regimestabilisierende Konzept von Korruption in Russland in Frage gestellt: Hier ist die vorherrschende Meinung, dass Korruption vom administrativen Apparat ausgeht, gegen den sowohl die Bevölkerung als auch die politische Elite einen fortwährenden mühseligen Kampf führen.

Drittens verfolgte Juschtschenko einen prowestlichen Kurs, der auch die Integration in die EU beinhaltete. Die russische Elite wertete dieses Vorhaben als Bedrohung der eigenen Integrationsziele im postsowjetischen Raum. Darüber hinaus stand Juschtschenko für ein Nationsbildungsprogramm, das insbesondere eigenständige kulturelle Symbole der Ukraine in den Vordergrund rücken sollte. Insgesamt war die orange Bewegung also nicht nur eine Gefährdung für die Pläne der russischen Elite in Bezug auf den postsowjetischen Raum, sondern auch eine ernsthafte Bedrohung des gesamten russischen Entwicklungsmodells, das auf einer Bevorzugung von Stabilität und autoritärer Modernisierung gegenüber spontanen Prozessen und demokratischen Verfahren beruht.

Die Reaktion der russischen Elite fiel dann ebenso entschieden und klar aus wie die Bedrohung selbst. Zunächst wurden in präemptiver Absicht »konterre-

volutionäre« Jugendorganisationen wie »Naschi« oder »Molodaja Gwardija« gegründet. Diese Gruppen sollten dem jugendlichen Teil der Bevölkerung, dessen politische Ansichten noch am leichtesten geformt werden können und daher als Risikogruppe angesehen wurde, eine »patriotische«, dem Regime gegenüber loyale Heimat bieten. Ergänzend dazu wurden Gesetze verabschiedet, die eine Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen aus dem Ausland erschwerten. Außerdem wurde das Budget für die innere Sicherheit erhöht und die Kontrolle über die Presse und das Internet verstärkt. Auf diese Weise konnte die russische Opposition, die nach der Orangen Revolution etwas an Kraft gewonnen hatte, erfolgreich marginalisiert werden. Sie spielte schließlich in den Wahlen im Jahre 2008 keine Rolle mehr.

Die russische Elite lernte aus ihrem fehlgeschlagenen Versuch, Janukowitschs Sieg mit allen Mitteln herbeizuführen. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl von 2010 wurde nicht mehr direkt Einfluss zugunsten eines Kandidaten ausgeübt. Stattdessen wurde mit indirekten Mitteln versucht, Juschtschenkos Position weiter zu schwächen und damit seine Wiederwahl auszuschließen. Mit Janukowitsch scheint die russische Elite nun einen offenen Bewunderer des russischen Entwicklungsmodells an ihrer Seite zu haben und neben dem Präsidenten sind auch in der neuen Regierung bekannte Gesichter aus der Zeit vor der Revolution vertreten.

Die russische politische Elite konnte folglich von der Revolution lernen und das politische System vorerst gegen die möglichen Gefahren immunisieren. Doch wie hat die russische Bevölkerung auf die Orange Revolution reagiert? Eröffnete sie einen neuen Raum für Reflexion und autonome politische Artikulation oder konnte die Elite die Diskussion erfolgreich einhegen? Dieser Frage soll im Folgenden nachgegangen werden.

### Die Zweiteilung des öffentlichen Diskurses

Diese Medienanalyse versucht die »Rahmen« zu erschließen, die von Journalisten und Kommentatoren genutzt werden, um der Orangen Revolution eine bestimmte Bedeutung zu verleihen. Die zugrundeliegende Annahme ist, dass die Wirklichkeit nicht als solche repräsentiert werden kann, sondern vom Textproduzenten verarbeitet wird. Dieser nutzt dabei bestimmte Annahmen über die Realität und über kausale Mechanismen, die beobachtete Fakten und Ergebnisse miteinander verbinden. Diese Annahmen sind jedoch nicht individuell, sondern entstammen zum Großteil dem öffentlichen Diskurs. Dies ist sogar eine notwendige Bedingung dafür, dass der Text auf Verständnis stoßen kann. Rahmen sind demzufolge kohärente Annahmen

über die Wirklichkeit, die im öffentlichen Diskurs verankert sind und einen Text strukturieren.

Die Analyse, auf der dieser Beitrag basiert, wurde von Oktober 2004 bis Januar 2005 durchgeführt und deckt das populäre Boulevardblatt »Komsomolskaja Prawda« und die liberale Qualitätszeitung »Nesawisimaja Gaseta« ab. Die Wahlen in der Ukraine und die anschließenden öffentlichen Demonstrationen erhielten im Untersuchungszeitraum insgesamt starke Medienaufmerksamkeit. In den beiden ausgewählten Zeitungen nahmen die Ereignisse ungefähr 4 % der Berichterstattung ein. Als die Protestaktivitäten Ende November ihren Höhepunkt erreichten, nahmen auch die Zeitungsartikel stark zu – häufig wurden mehr als zehn Artikel zum Thema pro Ausgabe veröffentlicht, ungefähr ein Viertel der gesamten Berichterstattung.

Die Analyse zeigte, dass es zwei dominante Rahmen der Orangen Revolution gegeben hat: Der eine Rahmen ist mit dem russischen Elitendiskurs und seinen Intentionen kompatibel und konzipiert die Ukraine als ein Objekt, das durch den Westen von Russland entfernt wird; der andere sieht die Demonstrationen als demokratische Manifestation an. Interessanterweise gab es in Bezug auf diese Rahmen keine großen Unterschiede zwischen den Zeitungen. Der erste Rahmen war in etwas weniger als der Hälfte der analysierten Artikel zu finden, der zweite in weniger als einem Drittel.

Der dominante »geopolitische« Rahmen betont die widerstreitenden Interessen zwischen Russland und »dem Westen«. In diesem Verständnis haben beide Akteure inkompatible Ziele, die zu einem Nullsummenspiel bezüglich der zukünftigen Ausrichtung der Ukraine führen. Das Land und seine Bevölkerung werden als ein von außen manipuliertes Objekt dargestellt. Artikel, die mit diesem Rahmen arbeiten, nutzen häufig militärisches Vokabular und stellen die Wahl als einmalig und unumkehrbar dar. Insgesamt sieht dieser Rahmen die Orange Revolution also nicht als eine Auseinandersetzung über Regeln für die Ausübung von Politik an, sondern als ein Werkzeug in der Hand »des Westens«, der seine Einflussphäre ausweiten will. Gleichzeitig wird das russische Vorgehen in der Ukraine häufig als legitime Gegenaktion präsentiert, die notwendig ist, um die Ukraine vor »dem Westen« zu retten. Es ist deutlich, dass dieser Rahmen den Bedürfnissen der russischen Elite entspricht: Erstens lenkt er die Aufmerksamkeit von den politischen Zielen der Revolution ab. Damit wird die Revolution als ein mögliches Handlungsmodell für die russische Gesellschaft disqualifiziert und auch eine mögliche Selbstreflexion verhindert. Zweitens verbindet dieser Rahmen die russische

Bevölkerung mit der Elite, indem das »Geopolitische« der Konfrontation betont und das Ergebnis als absolut und unumkehrbar dargestellt wird. Beides hat legitimierende Funktion für die Handlungen der russischen Elite in Bezug auf die Ukraine und lenkt die Aufmerksamkeit weg von internen Konflikten. Drittens wurde durch die Darstellung »des Westens« als Akteur, der die Ukraine Russland endgültig entreißen will, die Wahrnehmung der Kluft zwischen Russland und »dem Westen« gestärkt, wodurch eine Identifikation mit westlichen Werten und Zielen unmöglich wurde.

Der zweite Rahmen hingegen betont die ordnungspolitischen Ursprünge der Orangen Revolution, die hier als eine Auseinandersetzung über die Mittel und Ziele politischen Wettbewerbs geführt wird. In diesem Rahmen wird Politik nicht als ein von oben nach unten gerichteter, administrierter Vorgang verstanden, sondern als ein von sozialen Akteuren ausgehandelter Prozess. Daher werden die Proteste als Emanzipation der Gesellschaft und als Möglichkeit dargestellt, politische Interessen gegen korrupte und autoritäre Herrscher durchzusetzen. Einige Artikel diskutieren verschiedene mögliche Ordnungsprinzipien einer Gesellschaft, unter anderem die Demokratie. »Der Westen« wird hier nicht als ein Akteur gezeigt, der die Ukraine von Russland entfernt, sondern als ein Entwicklungsmodell, das die Ukrainer sich gewählt haben. Artikel mit diesem Rahmen fragen auch nach Implikationen für den russischen Kontext und diskutieren die Bedeutung der Revolution für die weitere Entwicklung Russlands. Ebenso wird eine mögliche Anpassung Russlands an die neuen ukrainischen Gegebenheiten diskutiert. In diesem Kontext wird »der Westen« nicht als ein Gegner verstanden, sondern als ein Objekt positiver Identifikation. Folglich werden viele Handlungen der russischen Elite als kontraproduktiv eingestuft. Zum Beispiel wird die unverblühte Einmischung in den Wahlprozess als undemokratische

Methode bewertet, die zur Entfremdung der ukrainischen Gesellschaft von Russland beiträgt.

### Schlussfolgerungen

Die Analyse zeigt, dass die russischen Medien fundamental unterschiedliche Rahmen verwendeten, um die Orange Revolution zu deuten. Der tiefe Graben zwischen den beiden am häufigsten verwendeten Rahmen deutet darauf hin, dass es weder eine stabile demokratische Identität in Russland gegeben hat, noch eine vollständige Übereinstimmung mit der geopolitischen Deutung, die der russischen Elite entgegenkommt. Die Orange Revolution führte daher nicht nur zu einer Verstärkung geopolitischen Denkens und zur Entfremdung vom »Westen«, sondern auch zu Reflexion über Russlands eigenes politisches System und über Entwicklungsmöglichkeiten in eine ähnliche Richtung.

Die russische politische Elite sah die Gefahren einer solchen Rahmung der Ereignisse für die Stabilität des Systems und reagierte mit den oben umrissenen Maßnahmen. Auch hat sich die politische Realität in der Ukraine nicht so entwickelt, wie die Revolutionäre es sich vorgestellt hatten. Zwar konnte die Orange Revolution zu einer Stärkung formaler Regeln in der politischen Auseinandersetzung beitragen, die anhaltenden Elitenkonflikte blockierten jedoch weitgehend eine rationale Politik und hatten eine hohe Volatilität politischer Entscheidungen zur Folge. Dementsprechend kann die russische politische Elite die Ukraine wiederum als stützenden Faktor für das eigene Regime nutzen, indem sie die Gefahr einer »Ukrainisierung« der Politik heraufbeschwört, die das »Chaos« in Putins Machtvertikale importieren würde. Während also die Elite von der Orangen Revolution lernen konnte, wurde sie als Identifikationsquelle für die Bevölkerung weitgehend disqualifiziert.

#### *Über den Autor:*

Jonas Grätz ist im Rahmen des Yggdrasil-Stipendienprogramms des Norwegian Research Council Gastforscher am Norwegian Institute for Defence Studies (IFS) in Oslo und Promotionsstipendiat des Forums Ebenhausen an der SWP in Berlin, Forschungsgruppe Russland/GUS. Sein Dissertationsprojekt an der Universität Frankfurt/M beschäftigt sich mit den Internationalisierungsstrategien russischer Öl- und Gaskonzerne.

Die vollständige Analyse der russischen Mediendiskurse wurde publiziert in:

Grätz, Jonas 2009: Zwischen Macht- und Ordnungspolitik. Russländische Mediendiskurse über die »orangene Revolution«, in: Melanie Tatur (Hg.): Nationales oder kosmopolitisches Europa? Fallstudien zur Medienöffentlichkeit in Europa, VS Verlag, Wiesbaden, S. 264–284.

#### *Lesetipp:*

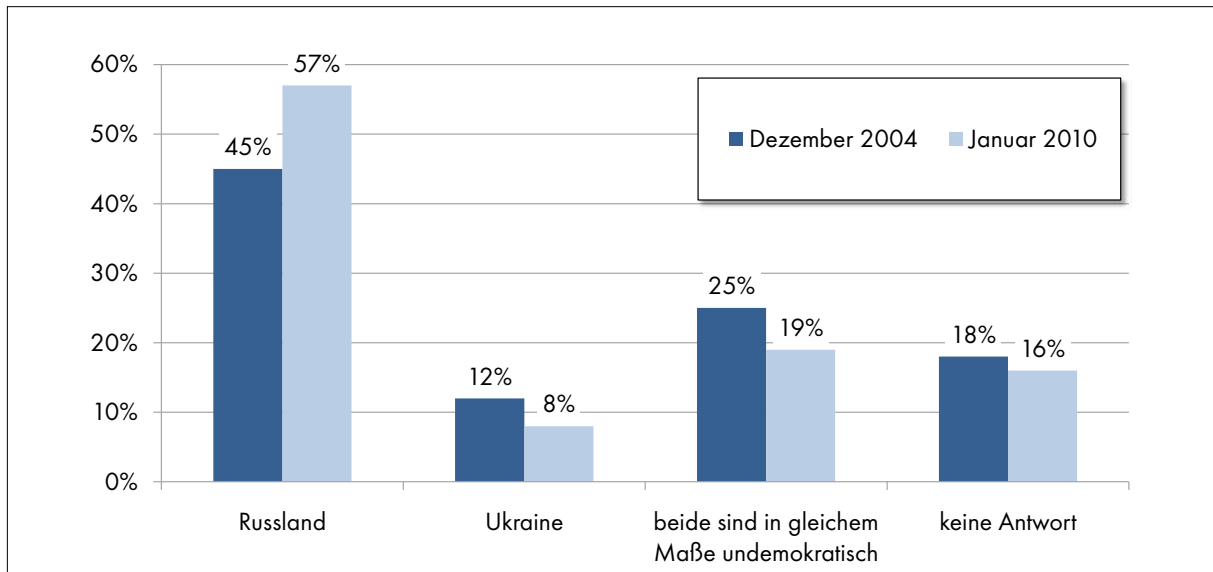
Umland, Andreas: Orange Revolution als Scheideweg, in: Osteuropa, Vol. 59, Nr. 11, 2009, S. 109–120.



**Grafiken zum Text**

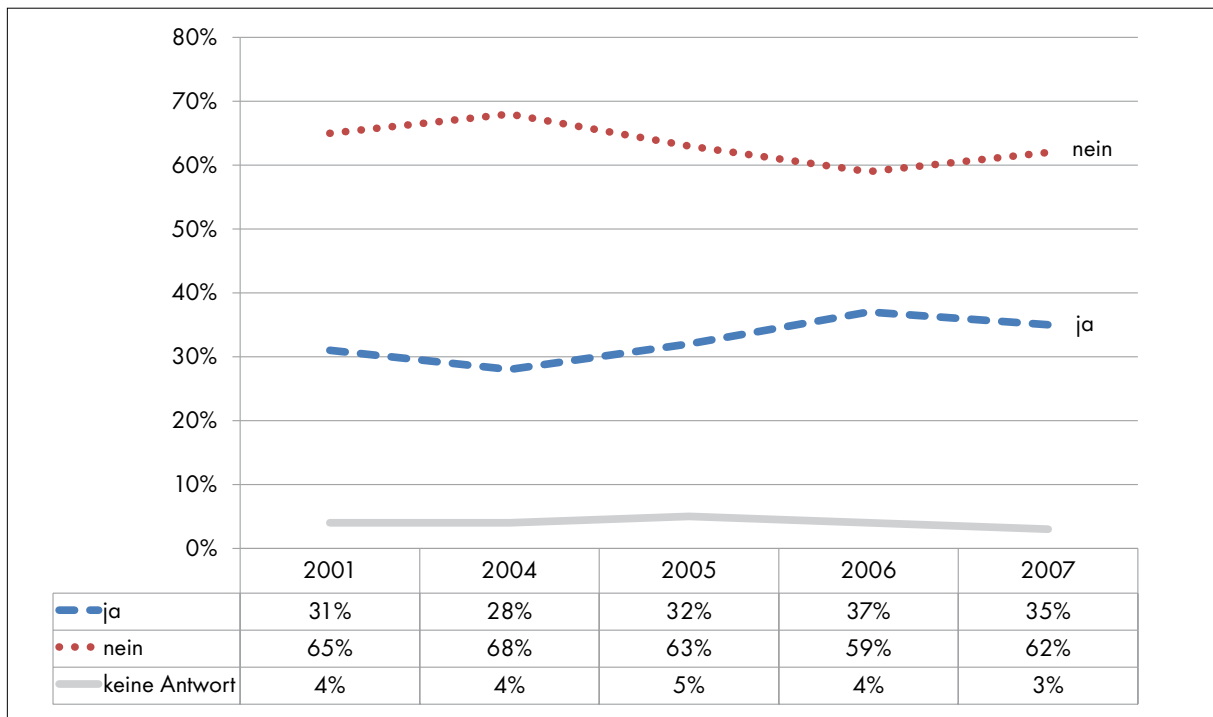
## Die Ukraine aus Sicht der russischen Bevölkerung

**Grafik 1: Was meinen Sie, welches der beiden Länder ist demokratischer, Russland oder die Ukraine?**



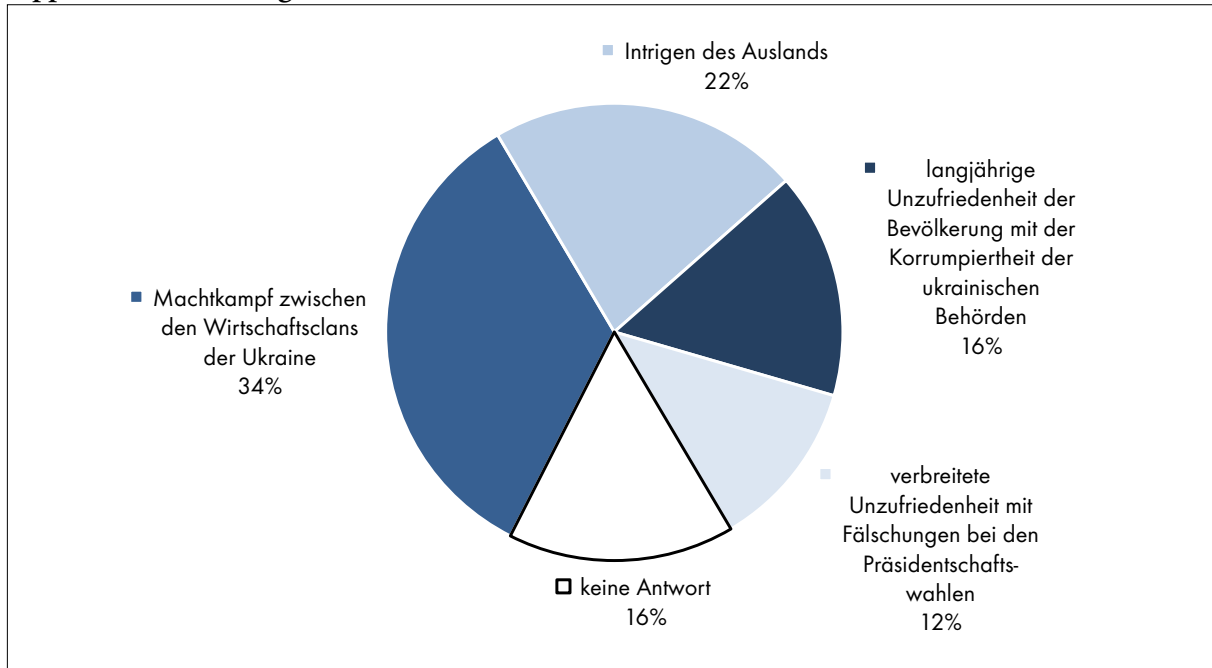
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 29.1. bis 1.2.2010, <http://www.levada.ru/press/2010022605.html>

**Grafik 2: Betrachten Sie die Ukraine als Ausland?**

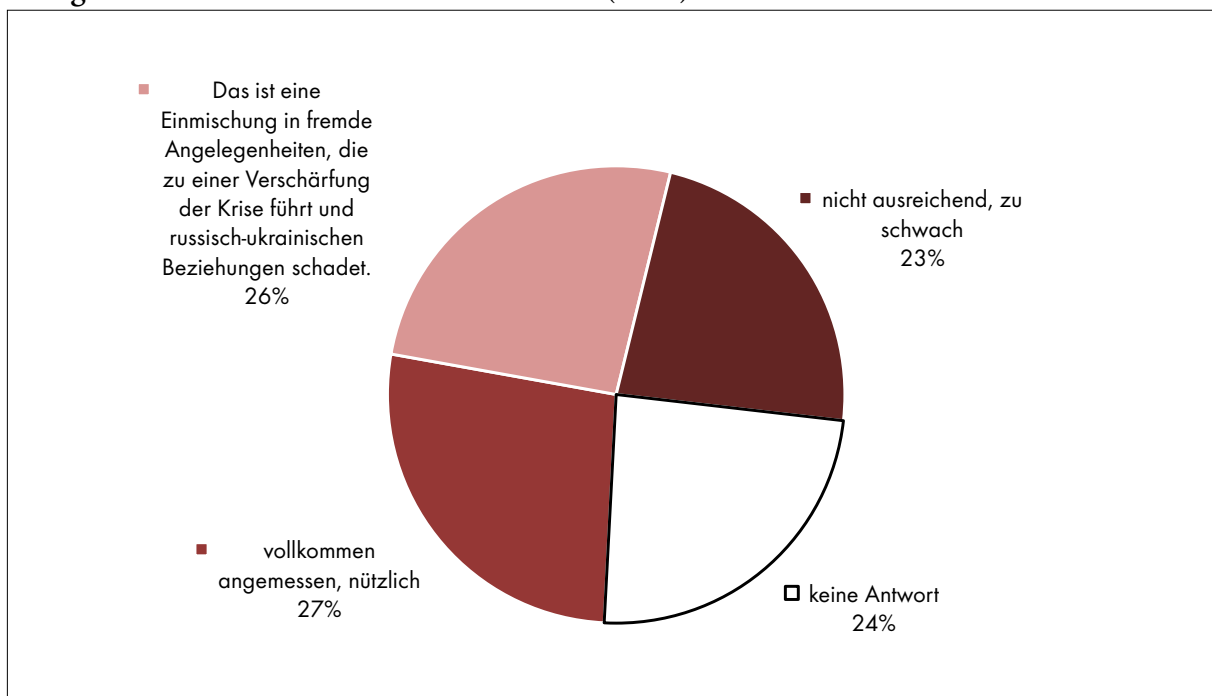


Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, veröffentlicht am 23.8.2007, <http://www.levada.ru/press/2007082302.html>

**Grafik 3: Was denken Sie, was ist der Hauptgrund für die derzeitige Konfrontation zwischen Opposition und Obrigkeit in der Ukraine? (2004)**



**Grafik 4: Wie würden Sie die Äußerungen und Handlungen der russischen Machthaber in Bezug auf die Krise in der Ukraine beurteilen? (2004)**



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 10. bis 14.12.2004, <http://www.levada.ru/press/2004121601.html>

## Analyse

# Die Zukunft des russischen Marinestützpunktes Sewastopol

Von Dmitry Gorenburg, Cambridge, MA

## Zusammenfassung

Die vor Kurzem erfolgte Wahl Viktor Janukowitschs zum Präsidenten der Ukraine hat den zukünftigen Status des russischen Marinestützpunktes in Sewastopol wieder ins Zentrum der russisch-ukrainischen bilateralen Beziehungen gerückt. Während der Präsidentschaft Viktor Juschtschenkos war klar, dass sich die ukrainische Regierung entschieden gegen jede mögliche Verlängerung des Nutzungsvertrages wenden würde. Auch wenn viele russische Experten glauben, dass die Wahl Janukowitschs eine Erneuerung des Pachtvertrages wahrscheinlicher macht, ist die Lage vermutlich komplizierter, denn es gibt darüber hinaus verfassungsmäßige, politische und wirtschaftliche Probleme, die allesamt einer Verlängerung im Wege stehen.

## Die jüngere Geschichte der Stützpunktfrage

Der derzeit geltende Vertrag über den Status des Marinestützpunktes der russischen Flotte in Sewastopol wurde im Mai 1997 unterschrieben. Entsprechend der Vereinbarung ging die Sowjetische Schwarzmeerflotte zunächst zu gleichen Teilen an Russland und die Ukraine. Die Ukraine übergab anschließend den Großteil der erhaltenen Flotte an Russland. Letztendlich erhielt Russland 82 % der ehemaligen Bestände der Sowjetischen Schwarzmeerflotte. Des Weiteren legte der Vertrag die Oberhoheit der Ukraine über Sewastopol und die Hafenanlagen fest, erlaubte Russland aber gleichzeitig einen Großteil der Anlagen in Sewastopol für 97,75 Mio. US-Dollar pro Jahr für 20 Jahre zu pachten. Darüber hinaus kann Russland die Strafgerichtsbarkeit über seine Truppen in der Stadt ausüben.

Der Vertrag läuft 2017 aus, jedoch ist in einer Klausel festgeschrieben, dass sich der Vertrag automatisch um fünf Jahre verlängert, wenn nicht eine der Vertragsparteien ein Jahr vor Ablauf des Vertrages schriftlich mitteilt, dass sie die Vereinbarung 2017 beenden möchte. Während die offizielle Position der ukrainischen Regierung eine Erneuerung des Abkommens nicht vorsah, rückten die durch den Georgienkrieg vom August 2008 verursachten Spannungen dieses Thema wieder ins Blickfeld. Ukrainische Politiker erklärten, dass die russische Marine mit den Vorbereitungen für ihren Abzug beginnen solle und verfassten für die russische Regierung ein Memorandum inklusive Zeitplan und einer Aufstellung der für den fristgerechten Abzug nötigen Schritte. Laut offizieller russischer Position würde die russische Marine den Pachtvertrag gern verlängern, bereitet sich aber gleichzeitig auf die Möglichkeit vor, bei Auslaufen des Vertrages zum Abzug aus Sewastopol gezwungen zu sein. Die russische Regierung hat dagegen erklärt, dass sie nicht über Abzugspläne nachdenken wird, bevor das Abkommen ausgelaufen ist.

Vor Kurzem haben sich nationalistisch gesinnte Politiker und pensionierte Admiräle dahin gehend geäußert, dass Russland nicht vorhabe, jemals den Stützpunkt in Sewastopol zu verlassen. So erklärte zum Beispiel der ehemalige Kommandeur der Schwarzmeerflotte Admiral Igor Kasatonow, dass das Jahr 2017 nur für »russo-phobe« Politiker ein entscheidendes Datum darstelle. »Die Schwarzmeerflotte ist für immer in Sewastopol ... Sie wird ihre Basis in Sewastopol behalten, eine andere wird in Noworossijsk gebaut werden, eine in Tuapse und vielleicht auch eine in Suchumi, wenn das erforderlich ist.« Jüngst erklärte Michail Nenaschew, ein Abgeordneter des russischen Parlaments, der für das Verteidigungskomitee des Parlaments arbeitet und die russische Bewegung zur Unterstützung der Marine leitet, dass Moskau plane, die Entwicklung der Infrastruktur der Schwarzmeerflotte fortzusetzen – in Russland und auf der Krim.

## Der Einfluss neuester politischer Entwicklungen

Während Präsident Janukowitsch sicherlich einen stärker pragmatischen Umgang mit Russland pflegt als sein Vorgänger, heißt das nicht unbedingt, dass er erpicht darauf sein wird, Russlands Pacht des Marinestützpunktes zu verlängern. Der Stützpunkt ist trotz allem ein sehr kontrovers diskutiertes politisches Thema in der Ukraine und Janukowitsch wird nichts unternehmen wollen, was die existierende regionale und ideologische Teilung des Landes weiter verschärft. Eine Umfrage vom letzten Frühjahr zeigt, dass nur 17 % der Ukrainer eine Verlängerung des Vertrages befürworten, während 22 % den Abzug der russischen Marine noch vor Auslaufen des Vertrages 2017 wollen. Für einen Präsidenten, der von einem Großteil der Bevölkerung als ausgesprochen pro-russisch angesehen wird und der von weniger als 50 % der Gesamtbevölkerung gewählt worden

ist, könnte sich ein Vorgehen entgegen der öffentlichen Meinung als schwierig erweisen.

Zweitens geht es um die Verfassungsfrage. Die ukrainische Verfassung verbietet ausländische Militärstützpunkte auf ukrainischem Boden. Die jetzige russische Marinebasis ist aufgrund einer Sonderregelung zulässig, die den zeitweiligen Verbleib ausländischer Stützpunkte während eines Übergangszeitraumes, der eingeräumt wurde, um den Prozess der Festigung der ukrainischen Unabhängigkeit Mitte der 1990er Jahre zu erleichtern, ermöglicht. In einer seiner letzten Amtshandlungen forderte Präsident Juschtschenko das Verfassungsgericht auf, über den Widerspruch zwischen diesen beiden Artikeln zu entscheiden. Ungeachtet des Einflusses jedweder zukünftigen Gerichtsentcheidung in dieser Sache, herrscht ein breiter Konsens in der Ukraine darüber, dass die Erneuerung des Pachtvertrages eine Verfassungsänderung und dies wiederum eine Zweidrittelmehrheit im ukrainischen Parlament erfordern würde.

Drittens gibt es wirtschaftliche Fragen zu klären. Die in den ersten Wochen seiner Präsidentschaft gesendeten Signale Janukowitschs zeigen, dass er den zukünftigen Status der russischen Schwarzmeerflotte zwar diskutieren will, jedoch nur im Kontext weitreichender Verhandlungen, bei denen dann auch viele andere Fragen geklärt werden müssten. Ohne Zweifel wird er einen deutlichen Anstieg der von Russland zu entrichtenden Pachtgebühr verlangen – russische Quellen glauben, dass das absolute Minimum mit dem sich die Ukraine einverstanden erklären würde, 1 Mrd. US-Dollar pro Jahr beträgt (das wäre eine Verzehnfachung), während die ukrainische Seite möglicherweise 5 bis 10 Mrd. US-Dollar pro Jahr verlangen wird. Darüber hinaus wird Janukowitsch zusätzliche russische Investitionen in die regionale Infrastruktur anstreben. Er könnte auch weitere Forderungen an einen positiven Ausgang der Verhandlungen über den Stützpunkt knüpfen: den Abschluss eines Vertrages über die Grenzziehung zwischen den beiden Ländern, ja selbst günstige Bedingungen für den Gastransit und die Preisgestaltung für Gasimporte. Andererseits wird der Abzug der russischen Flotte wahrscheinlich zu wesentlichen wirtschaftlichen Störungen in Sewastopol führen, da diese hier einer der größten Arbeitgeber ist. Das könnte im Gegenzug zu sozialen Protesten führen und sogar zu politischer Agitation gegen die Regierung unter der größtenteils pro-russischen Bevölkerung. Auch wenn der Vertrag über die Basis schließlich verlängert werden sollte, wird der Prozess kein einfacher sein und voraussichtlich zu erheblichen Spannungen mit Russland führen.

### Alternative Stationierungsoptionen

Angesichts der relativ schlechten Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine während der Präsidentschaft Viktor Juschtschenkos ist es nicht verwunderlich, dass russische Marinebeamte und Militärexperten in den letzten Jahren begonnen haben, über mögliche Alternativen für die Stationierung der Schwarzmeerflotte zu diskutieren. Eine naheliegende Alternative ist der bereits existierende Marinestützpunkt in Noworossiysk (Russland), der in den letzten Jahren ausgebaut worden ist und derzeit verschiedene kleinere Schiffe, inklusive zwei zur Flotte gehörige Raketen-Luftkissenboote, einige kleinere U-Boot-Jäger und neuere Minenräumer der Flotte beherbergt. Der Kommandeur der Schwarzmeerflotte erklärte, während es theoretisch möglich sei, den Stützpunkt so weit auszubauen, dass er alle Schiffe der Flotte aufnehmen kann, sehe die Realität anders aus: Der Ausbau hätte negative wirtschaftliche Folgen für die Region, da er Engpässe im stark frequentierten Handelshafen von Noworossiysk verursachen würde. Dies könnte die Handelsschiffe dazu bewegen, verstärkt ukrainische Häfen zu nutzen – auf Kosten Russlands. Russische Kommandeure machen weiterhin geltend, dass der Stützpunkt aufgrund der klimatischen Bedingungen in der Region nicht geeignet sei. Ein zusätzlicher Stützpunkt in Temrjuk wäre wiederum nur für kleinere Schiffe sinnvoll und hätte den Nachteil, im Asowschen Meer zu liegen, was es feindlichen Flotten bei Auseinandersetzungen leicht machen würde, durch eine Blockade der Straße von Kertsch die Schiffe des Gegners festzusetzen.

Einige Experten schlagen den Bau eines zusätzlichen Stützpunktes nahe Noworossiysk vor, entweder nordöstlich auf der Halbinsel Taman oder südöstlich bei Tuapse oder Gelendschik. Dies wären mögliche Standorte, wenngleich die Kosten für den Neubau eines Marinestützpunktes beachtlich wären, insbesondere wenn zusätzlich touristische Infrastruktur entlang der Küste aufgekauft werden muss. Eine andere, wenn auch unwahrscheinlichere Variante wäre eine zweite Basis im Ausland. Zwei Orte wurden vorgeschlagen: Otschamtschira in Abchasien und Tartus in Syrien.

Im Anschluss an den Georgienkrieg bot der Präsident Abchasiens Sergej Bagapsch Russland den Verbleib russischer Schiffe in Otschamtschira an. Während dieses Angebot von den russischen Medien zunächst als eine ernst zu nehmende Möglichkeit behandelt wurde, veranlassten die darauf folgenden Diskussionen Bagapsch klarzustellen, dass Abchasien kein permanenter Stützpunkt für die Schwarzmeerflotte sein wird, wenngleich die Anlagen für die Aufnahme der Flotte erweitert werden könnten, damit diese poten-

ziellen Angriffen Georgiens entgegentreten könne. In jedem Falle ist der Hafen von Otschamtschira für die Unterbringung von mehr als ein paar russischen Schiffen zu klein. Aus diesem Grund bietet das von den Präsidenten Bagapsch und Dmitrij Medwedjew im Februar 2010 unterzeichnete Abkommen der russischen Marine die Möglichkeit, zeitweilig einige Schiffe in Abchasien zu stationieren. Mindestens zwei Patrouillenboote des Küstengrenzschutzes werden permanent in Otschamtschira stationiert sein, eine dauerhafte russische Marinepräsenz wird es in absehbarer Zeit allerdings nicht geben. Möglich ist jedoch, dass die russische Marine ihre Raketen-schiffe dort zumindest zeitweilig nach 2017 stationieren wird, wenn sie nämlich zum Abzug aus Sewastopol gezwungen und ein alternativer Stützpunkt noch in Vorbereitung sein wird. Dies würde wiederum in Noworossijsk Anlegeplätze für größere Schiffe freimachen.

Noch vor dem Georgienkrieg kündigte die russische Regierung an, dass sie ihren Stützpunkt in Tartus auf-räumen und erweitern werde. Dieser Stützpunkt diente früher als Auftank- und Wartungsstation für den stän-digen sowjetischen Flottenverband im Mittelmeer, war aber seit 1991 größtenteils verwaist. Er ist so ausgestat-tet, dass er mehrere große Schiffe aufnehmen kann. Spe-kulationen über die Verlegung der gesamten Schwarz-meerflotte oder einiger ihrer Teile nach Tartus im Jahr 2017 entstanden im Zusammenhang mit dem Besuch des syrischen Präsidenten in Moskau Mitte August 2008. Bashar al-Assads entschiedene Unterstützung für das russische Vorgehen im Georgienkrieg und sein Angebot, die russisch-syrische militärische Partnerschaft weiterzu-entwickeln, führten zu der Vermutung, dass eine Reihe der Schiffe nach Tartus überführt werden könnte. Die Bemühungen um einen Ausbau der Präsenz der russi-schen Marine in Syrien werden fortgesetzt – das wurde in einem kürzlich veröffentlichten halboffiziellen Bericht über die russische Militärpolitik in der Region deutlich, in dem angedeutet wurde, dass die mögliche Schließung des Stützpunktes in Sewastopol einer der Gründe für die Weiterentwicklung der Basis in Tartus gewesen sei (andere Faktoren waren die potenzielle Unterstützung bei Einsätzen gegen Piraten am Horn von Afrika und der politische Wille, eine verstärkte russische Marine-präsenz im Mittelmeer aufzubauen). Wie dem auch sei, der Stützpunkt hat derzeit nur drei Piers, die nicht für mehr als einen kleinen Teil der Schwarzmeerflotte aus-reichen. Jeder Ausbau würde hohe Baukosten und ver-mutlich hohe Gebühren für die Pacht von zusätzlichem Land verursachen. Es ist weitaus wahrscheinlicher, dass der Hafen wieder als Wartungs- und Versorgungsbasis für die russische Marine genutzt wird, zumal die Regie-

rung versprochen hat, die Marinepräsenz im Mittelmeer auszubauen und eventuell sogar den Mittelmeer-Flot-tenverband wieder einzurichten.

### Zukunftsaussichten

Die russischen Machthaber sind nicht gewillt, offen über die Wahrscheinlichkeit des Flottenabzugs zu diskutieren und gehen davon aus, noch ausreichend Zeit bis zum Ende des existierenden Vertrages zu haben, um rechtzeit-ig eine Vereinbarung mit den ukrainischen Machtha-bern über eine Vertragsverlängerung erreichen zu kön-nen. Gleichzeitig gibt es für Janukowitsch in dieser Frage wohl kaum politische Lorbeeren zu ernten, eher wird er hier einen hohen Preis zahlen müssen. Da der Pacht-vertrag noch sieben Jahre läuft, die Amtszeit Präsident Janukowitschs aber schon in fünf Jahren endet, wird es vermutlich vor 2015 kaum Fortschritte bei der Lösung dieser Frage geben.

Bis dahin könnte die Situation der Schwarzmeer-flotte schon ganz anders aussehen. Die meisten russi-schen Marinespezialisten glauben, dass die Flotte bis zu diesem Zeitpunkt nur noch wenige seetüchtige Schiffe haben wird. Der Stellvertretende Bürgermei-ster von Sewastopol bemerkte kürzlich, dass die russi-sche und die ukrainische Schwarzmeerflotte zusam-men über derzeit weniger als 50 Kampfschiffe verfügen, zu Sowjetzeiten seien es dagegen über 1000 gewesen. Auch wenn dies eine Übertreibung ist und die gesamte Flotte der Sowjetunion auch zu Hochzeiten nur aus 2500 Schiffen bestand, verkleinerte sie sich dennoch auf ein Zehntel. Bis 2017 werden die meisten der ver-bliebenen Schiffe die Laufzeiten ihrer Maschinen um das Drei- oder Vierfache überschritten haben. Wie ein russischer Experte aufzeigte, hat Russland ange-sichts des Zustandes seiner Schiffsbauindustrie der-zeit nicht die Kapazitäten, die Flotte bis 2017 wieder herzurichten. Demnach kann es auch keinen Bedarf am Aufbau eines neuen Stützpunktes in Noworos-sijsk oder an einem anderen Ort geben, da die derzeit-igen Anlagen mehr als ausreichend sein werden, um die verbleibenden seetüchtigen Schiffe zu beherbergen. Dementsprechend ist das wichtigste Ziel der russischen Marine, die einheimische Schiffsbauindustrie wieder instand zu setzen – ein Schritt, der jetzt im Rahmen des Lizenzbaus von in Frankreich konstruierten Schif-fen in Sankt Petersburg angedacht wird.

Für die Ukraine ist das Wichtigste, ein Programm für die wirtschaftliche Entwicklung der Krim insge-samt und Sewastopols im Besonderen zu entwerfen und durchzuführen. Der letztendliche Abzug der russischen Marine wird ein enormes Loch in die Wirtschaft der

Region reißen. Die ukrainischen Politiker täten gut daran, auf den Ausgleich der wirtschaftlichen Einbußen vorbereitet zu sein, bevor es zu sozialen Spannungen

gen unter der größtenteils russischsprachigen Bevölkerung der Region kommt.

*Übersetzung: Judith Janiszewski*

*Über den Autor:*

Dmitry Gorenburg ist senior analyst am CNA Strategic Studies und Geschäftsführer der American Association for the Advancement of Slavic Studies (AAASS) an der Harvard University. Sein Blog zu russischen Militärangelegenheiten ist unter [russiamil.wordpress.com](http://russiamil.wordpress.com) zu finden.

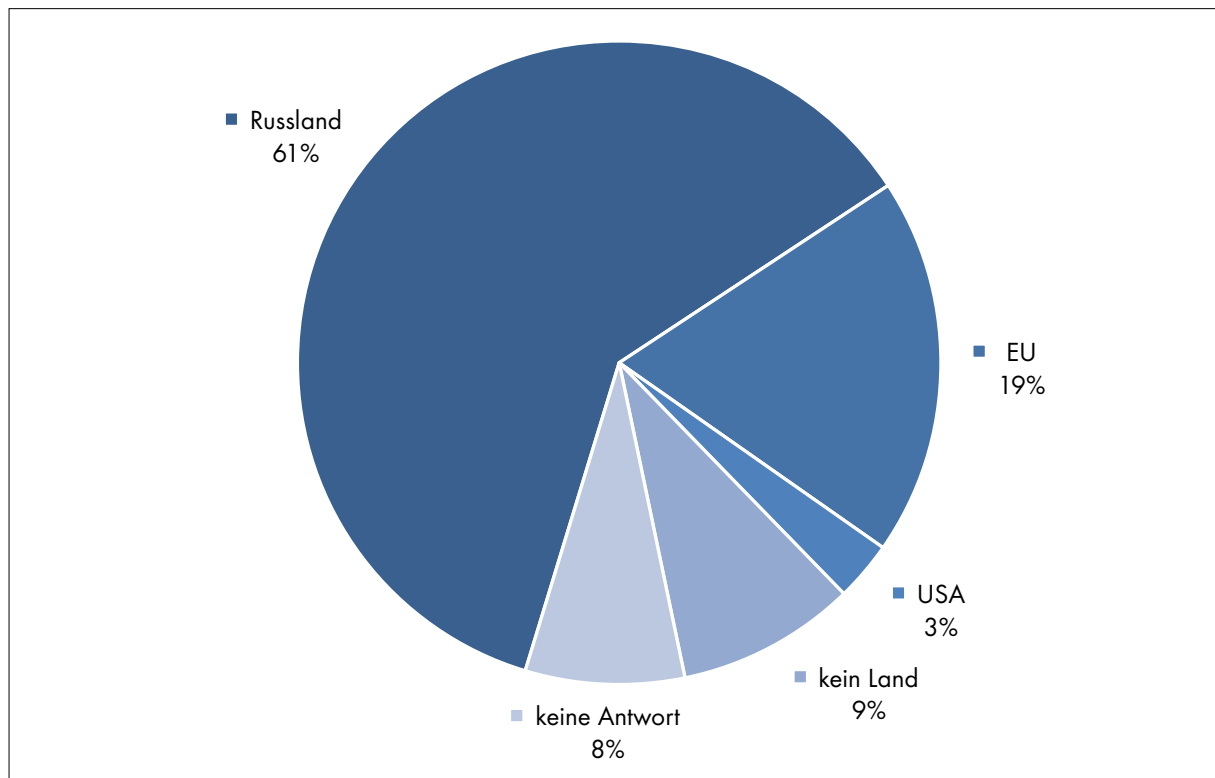
*Lesetipp:*

Alexander Cooley / Volodymyr Dubovyk: Will Sevastopol Survive: The Triangular Politics of Russia's Naval Base in Crimea, PONARS Eurasia Policy Memo #47, Dezember 2008, <http://ceres.georgetown.edu/esp/ponarsmemos/page/63386.html>

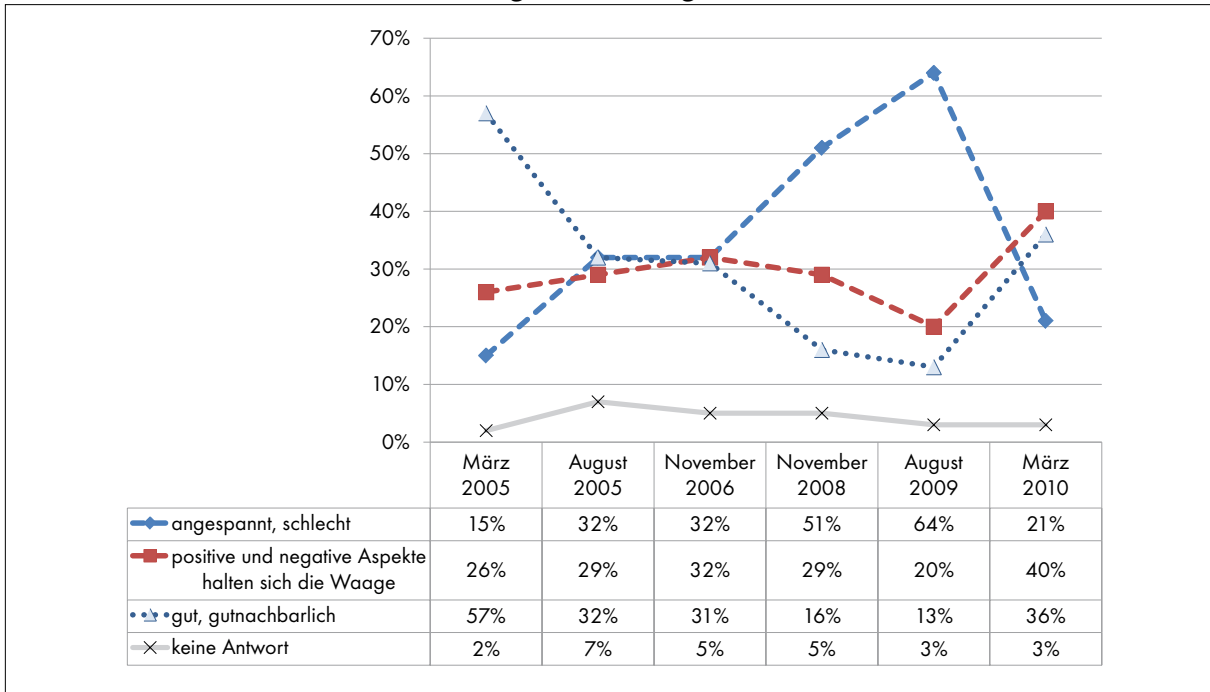
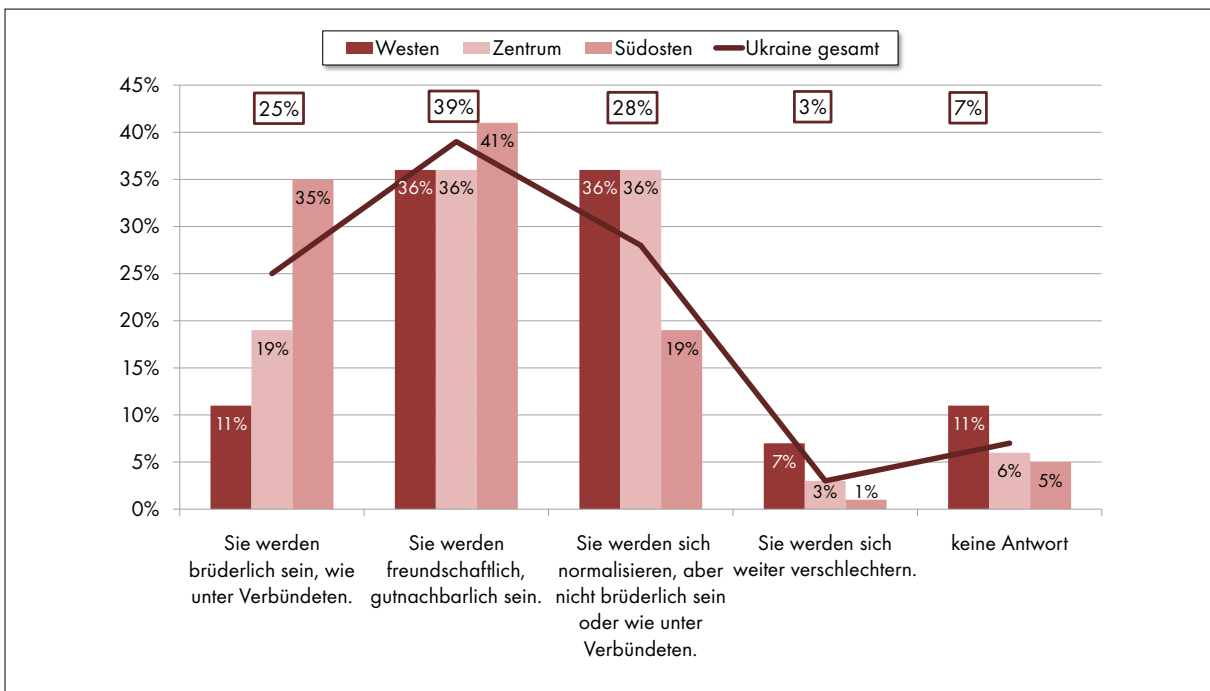
## Umfrage

### Die ukrainisch-russischen Beziehungen aus Sicht der ukrainischen Bevölkerung

Grafik 1: Wer ist heute der engste Verbündete der Ukraine?

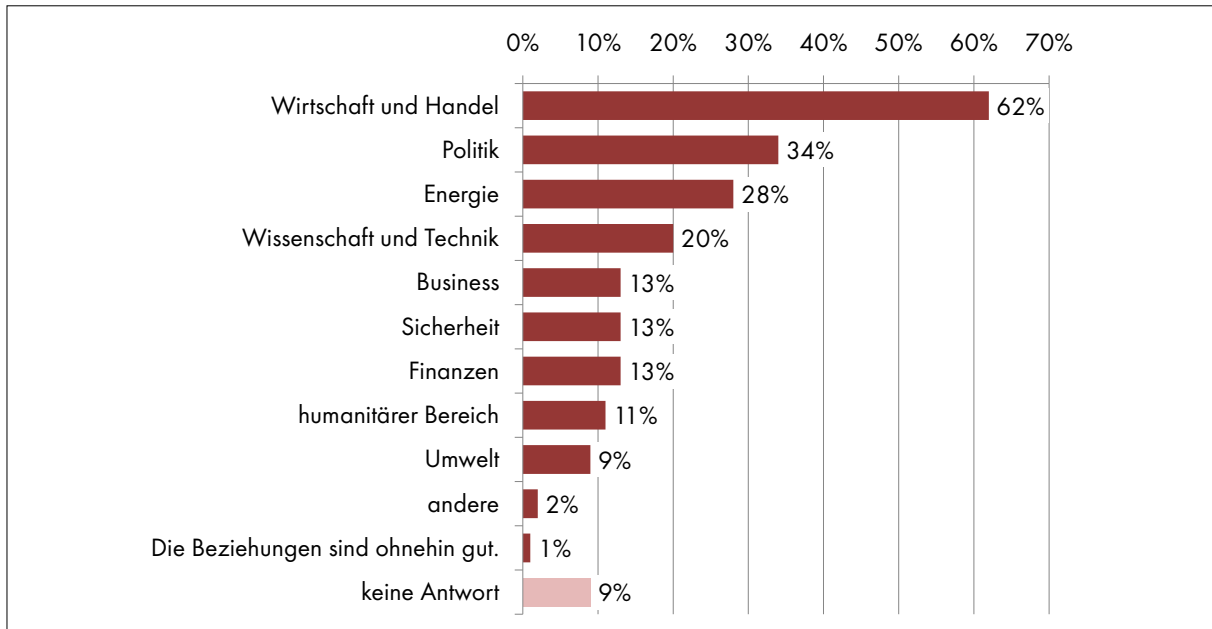


Quelle: repräsentative Umfrage der Research & Branding Group vom 9. bis 15. März 2010, <http://www.rb.com.ua/rus/politics/research/2010/6067.html>

**Grafik 2: Wie beurteilen Sie die derzeitigen Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland?**

**Grafik 3: Wie werden sich die ukrainisch-russischen Beziehungen nach den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine entwickeln?**


Quelle: repräsentative Umfrage der Research & Branding Group vom 9. bis 15. März 2010, <http://www.rb.com.ua/rus/politics/research/2010/6067.html>

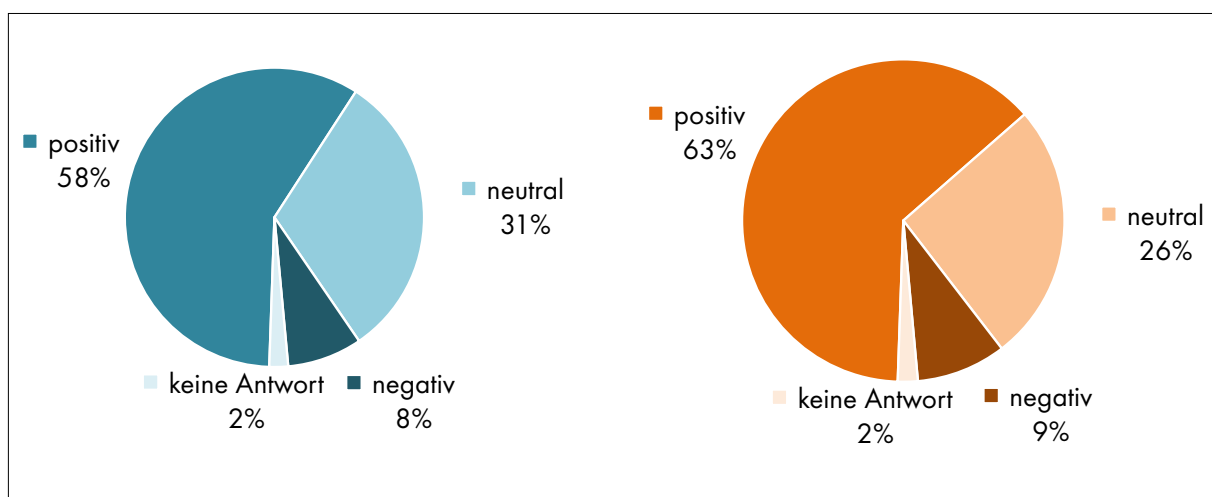
**Grafik 4: In welchen Bereichen müssen die ukrainisch-russischen Beziehungen verbessert werden?**



**Grafik 5: Wie beurteilen Sie ...**

... den Präsidenten Russlands  
Dmitrij Medwedjew?

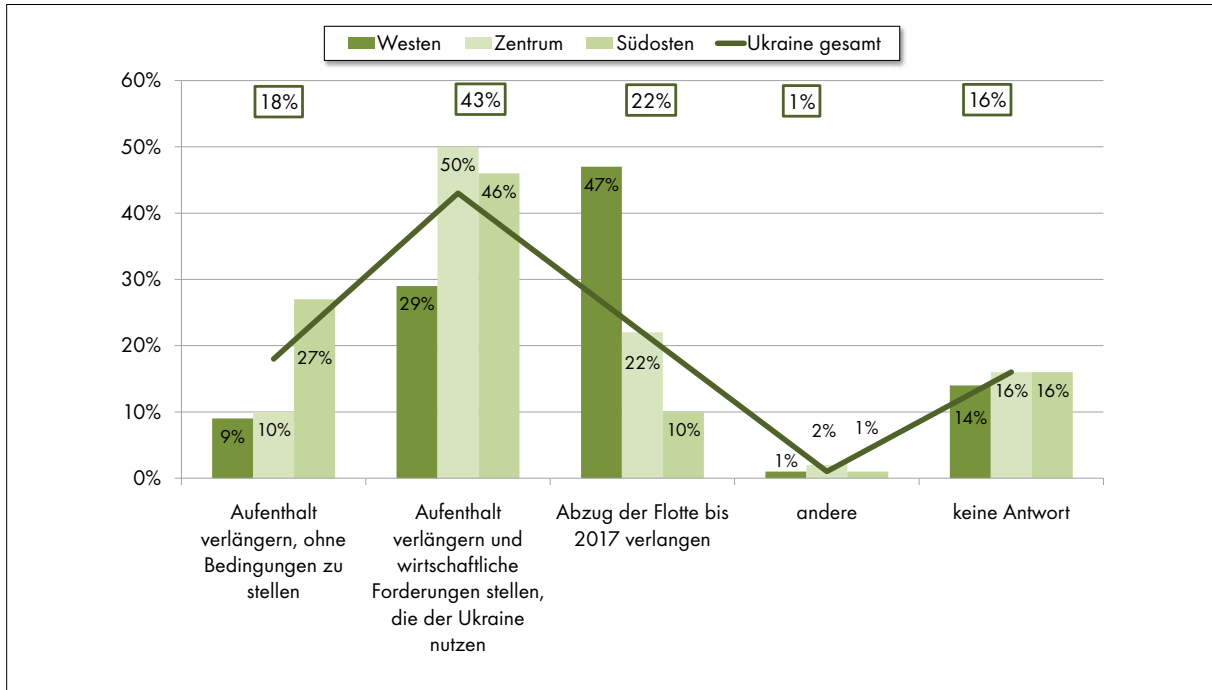
... den Ministerpräsidenten Russlands  
Wladimir Putin?



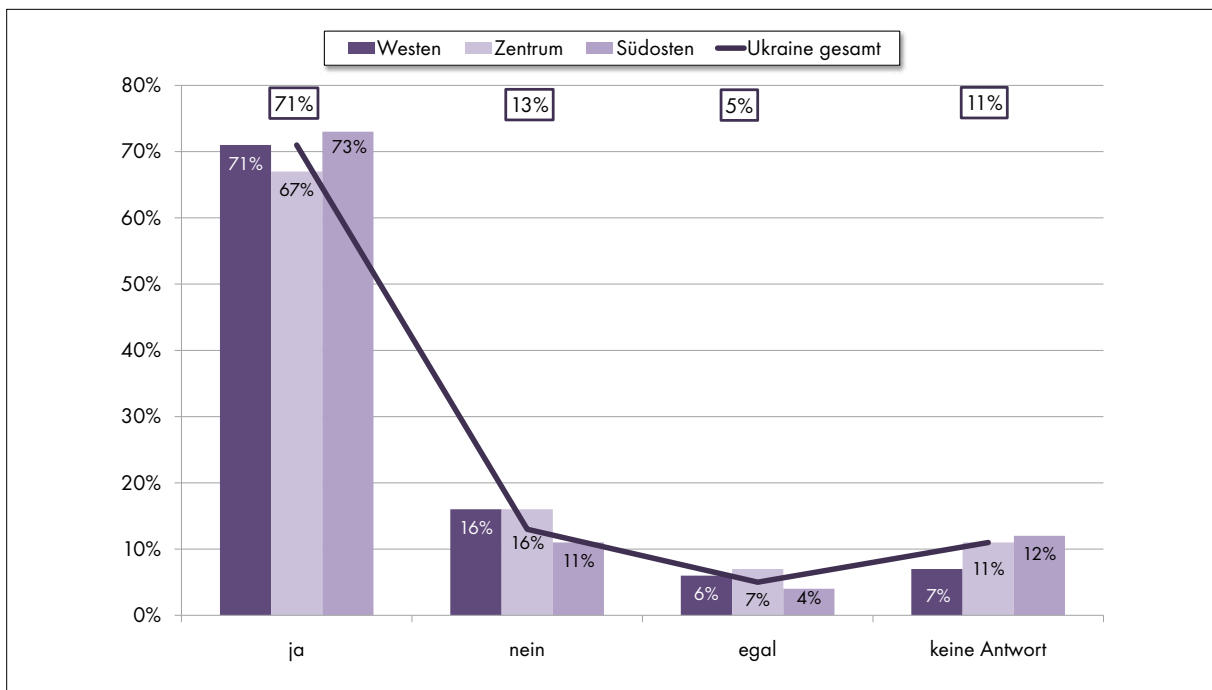
Quelle: repräsentative Umfrage der Research & Branding Group vom 9. bis 15. März 2010,  
<http://www.rb.com.ua/rus/politics/research/2010/6067.html>



**Grafik 6: Welche Entscheidung sollte die ukrainische Seite in Bezug auf den Verbleib der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol nach 2017 treffen?**



**Grafik 7: Sollte die Ukraine derzeit die Überprüfung der Gasverträge zwischen der Ukraine und Russland fordern?**



Quelle: repräsentative Umfrage der Research & Branding Group vom 9. bis 15. März 2010, <http://www.rb.com.ua/rus/politics/research/2010/6067.html>

**Chronik**
**Vom 30. März bis zum 13. April 2010**

30.3.2010	Für die Absetzung des umstrittenen Bildungsministers Dmitro Tabatschnik sprechen sich im Parlament nur 202 von 450 Abgeordneten aus, womit der Antrag abgelehnt ist.
1.4.2010	Die vom Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Petro Simonenko beantragte Diskussion über den Beitritt der Ukraine zum Gemeinsamen Wirtschaftsraum (mit Belarus, Kasachstan, Russland) wird im Parlament abgelehnt. Der Vorschlag erhält 218 der nötigen 226 Stimmen.
1.4.2010	Der Block Timoschenko entscheidet, all seine Mitglieder aus leitenden Positionen in parlamentarischen Komitees zu entfernen und der Fraktionsführer Iwan Kirilenko erklärt, dass die Opposition Anspruch auf den Vorsitz der Parlamentsausschüsse für Haushalt, Meinungsfreiheit, Rechtsprechung sowie Kampf gegen das organisierte Verbrechen und Korruption erhebe.
1.4.2010	Das Parlament beschließt die Durchführung von vorgezogenen Kommunalwahlen in einigen Städten und Gemeinden am 20. Juni 2010 und lehnt Wahlen in weiteren Orten, die der Block Timoschenko bestätigt sehen wollte, ab. Daraufhin gehen die Abgeordneten dieses Blocks zur Blockade der Rednertribüne über und setzen diese am Folgetag fort.
1.4.2010	Das Parlament ernennt Oleksij Kostusjew zum Leiter des Antimonopolkomitees der Ukraine. Er besetzte diesen Posten bereits von 2001 bis 2008 und löst nun Oleksandr Melnitschenko ab.
2.4.2010	Das Donezker Kreisverwaltungsgericht entscheidet, dass die Ernennung Stepan Banderas zum Helden der Ukraine im Januar 2010 durch den ehemaligen Präsidenten Viktor Juschtschenko nicht gesetzeskonform gewesen sei. Juschtschenko reicht 10 Tage später eine Berufungsklage gegen dieses Urteil ein.
2.4.2010	Präsident Viktor Janukowitsch ernennt Andrij Portnow vom Block Timoschenko zum Stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration und gleichzeitig zum Leiter der Hauptverwaltung für Fragen der Gerichtsreform.
5.4.2010	Präsident Viktor Janukowitsch löst die im Jahr 2006 von seinem Amtsvorgänger Viktor Juschtschenko eingesetzte Kommission für den möglichen Beitritt der Ukraine zur NATO auf, weil die Bevölkerung gegen den NATO-Beitritt sei.
7.4.2010	Präsident Viktor Janukowitsch reist nach Kasachstan und trifft dort seinen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew. Sie unterschreiben einen Aktionsplan für die beiderseitige Partnerschaft in den Jahren 2010/2011.
8.4.2010	Das Verfassungsgericht erklärt die neue Regierungskoalition, zu der auch nicht den beteiligten Fraktionen angehörende Abgeordnete zählen, für verfassungskonform. Die Vorsitzende des gleichnamigen Blocks Julia Timoschenko bezeichnet das Urteil als ein Verbrechen und die Richter als käuflich. Des Weiteren werde der Block Timoschenko die Entlassung der betreffenden Richter beantragen.
12.4.2010	Präsident Viktor Janukowitsch kündigt im Rahmen des Atom-Gipfels in Washington bei einem Gespräch mit Präsident Barack Obama den vollständigen Verzicht auf hoch angereichertes Uran an. Das waffenfähige Nuklearmaterial soll bis zum Jahr 2012 unschädlich gemacht werden.
13.4.2010	Nachdem Ende März Petro Kusmenko vom Block Timoschenko, Tags darauf Oleksandr Bobiljow von Unsere Ukraine und nun auch Wolodimir Iwanenko vom Block Timoschenko zur Regierungskoalition gewechselt sind, besteht diese aus 241 von insgesamt 450 Abgeordneten. Während der Präsidentschaftswahlen 2010 war Kusmenko Wahlstabsleiter von Julia Timoschenko in der Region Tscherkasi.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de](mailto:publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft




■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladivostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

*Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: [www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)*

## Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

## Lesehinweis

### **Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)**

#### **Caucasus Analytical Digest**

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

#### **Polen-Analysen**

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

#### **Russland-Analysen**

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### **Russian Analytical Digest**

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

#### **Ukraine-Analysen**

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### **Zentralasien-Analysen**

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

#### **Bibliographische Dienste**

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)